

Avanti ²

Theoriebeilage:

Berufsverbote:
Weder vergessen,
noch vergeben!

ISO Rhein-Neckar



FFF-Demo in Mannheim, 15. März 2019.

Foto: Avanti?

„Es wird Zeit zu rebellieren!“

M. G.

Mit dem Schulstreik der damals 15-jährigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg fing am 20. August 2018 alles an. Am 15. März 2019, dem internationalen Aktionstag, haben Millionen vor allem junger Menschen auf allen Kontinenten für konsequenten Klimaschutz demonstriert.

Rund um den Globus fanden mehr als 2.000 Kundgebungen und SchülerInnenstreiks in mehr als 120 Staaten statt. Allein in Deutschland haben sich mehr als Hunderttausend an den weit über 200 Protestaktionen beteiligt. In Rhein-Neckar gingen über 5.000 meist junge Menschen auf die Straßen (Mannheim 2.000, Heidelberg 2.500, Frankenthal 800, Speyer 450, Landau 450 ...).

Es sind die 10- bis 16-Jährigen, die die Demos prägen, und unter ihnen vor allem die Mädchen, die mit lautstar-

kem Enthusiasmus besonders auffallen. Ihre zentrale Parole lautet: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“

Auf der UN-Klimakonferenz in Katowice im Dezember 2018 sprach Greta unerschrocken das aus, was viele Erwachsene sich ihrer Meinung nach nicht trauten: „Wir können die Welt nicht mehr retten, indem wir nach den Regeln spielen. Es wird Zeit zu rebellieren, um unsere Zukunft zu retten.“ ■

INHALT

TITEL

01 SCHULSTREIKS

Gegen den Klimawandel

EDITORIAL/INHALT/GELBWESTEN

02 „GELBWESTEN“

Staatliche Repression ohne Ende?

KLIMAWANDEL

03 „FRIDAYS FOR FUTURE“

Widerstand gegen Klimakatastrophe

04 „FRIDAYS FOR FUTURE“

Jugendrebellion mit Zukunft?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

05 BETRIEBSRÄTESEMINAR

Nur gemeinsam stark!

06 PFLEGENOTSTAND

Marktgerechte PatientInnen?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

durch die SchülerInnenstreiks gegen den Klimawandel ist endlich wieder vieles in Bewegung gekommen – in Mannheim, der Region, der BRD und international. Das ist sehr ermutigend, zumal hunderttausende von Kindern und Jugendlichen begonnen haben, in aller Öffentlichkeit gegen die herrschenden Verhältnisse zu protestieren.

Die Bewegung „Fridays for Future“ (Freitage für Zukunft) ist das Schwerpunktthema der vorliegenden Ausgabe von *Avanti*².

Zudem berichten wir über unser sehr positives Seminar zum betrieblichen Widerstand und über die spannende Filmveranstaltung „Der marktgerechte Patient“ im Cinema Quadrat.

Unsere Theoriebeilage wirft einen Blick auf die Geschichte und Aktualität der Berufsverbote in der Rhein-Neckar-Region.

Wir hoffen, mit diesen und den anderen Themen Euer Interesse wecken zu können!

Eure Redaktion

INHALT

POLITISCHE KULTUR

07 ROSA LUXEMBURG

Eine Hommage

07 ROJAVA

Nur radikale Linke solidarisch?

07 OSTERMARSCH

Gegen Kriege und Fluchtursachen

RÜCKBLENDE / TERMINE

08 RÄTEREPUBLIK MÜNCHEN

Chancenlose Revolution?

08 TERMINE

THEORIEBEILAGE

BERUFSVERBOTE

Weder vergessen, noch vergeben!

Solidarität mit den „Gelbwesten“ – Nein zur Polizeigewalt! Aktionsbündnis lädt zu Treffen am 10. April 2019 ein*

Nach wie vor gehen die „Gelbwesten“ in Frankreich auf die Straße. Sie protestieren seit Mitte November 2018 gegen die soziale Misere „der da unten“, die durch die hemmungslose Bereicherung der „der da oben“ ständig verschärft wird. Trotz massiver Verleumdung und trotz brutaler Polizeigewalt konnte die Bewegung bisher weder von den Herrschenden gestoppt noch von Nazis und Rechten manipuliert werden.

Seit dem Beginn der „Gelbwesten“-Proteste sind 8.700 Personen verhaftet worden. 2.000 sind verurteilt worden, davon 800 zu Gefängnisstrafen. Weitere 1.800 Menschen sind aktuell mit noch laufenden Gerichtsverfahren konfrontiert. Durch Polizeigewalt ist mindestens eine Person getötet worden – die 80-jährige Zineb Redouane. Tausende andere Menschen sind verletzt worden – davon 222 am Kopf, 22 haben ein Auge verloren und fünf eine Hand.

Es ist an der Zeit, auch in Deutschland Solidarität mit den Opfern der staatlichen Repression in Frankreich zu organisieren und besser über die dortigen Einschränkungen des Demonstrationsrechts zu informieren.

Das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ lädt deshalb alle an diesem Thema Interessierten zu einem Treffen am Mittwoch, dem 10. April 2019, um 19:00 Uhr ins Mannheimer Friedensbüro ein (Speyerer Str. 14, 68163 MA-Lindenhof, Nähe Hochschule Mannheim/Neckarauer Übergang).“

*[Auszug aus der Einladung des Aktionsbündnisses.]



Polizei im Einsatz gegen „Gelbwesten“ in Paris am 23. Februar 2019.
Foto: Photothèque Rouge Martin Noda.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! Widerstand statt Klimakatastrophe*

Dem jüngsten Bericht des Weltklimarats zufolge ist nur mit radikalen Maßnahmen, die Erderwärmung bis Ende 2100 auf 1,5 Grad Celsius einzudämmen. Die globalen CO₂-Emissionen müssen bis 2030 um 45 % reduziert werden, bezogen auf das Basisjahr 2010. Bis 2050 muss die Weltwirtschaft CO₂-neutral sein. Vor allem ist erforderlich, dass bis dahin mindestens 80 % der noch vorhandenen fossilen Energieträger in der Erde bleiben. Doch die Nutzung von Erdöl, Erdgas, Steinkohle und Braunkohle bedeuten für die großen Energiekonzerne immense Profite. Diese verteidigen sie mit Zähnen und Klauen.

Nicht nur der Energiesektor, sondern die gesamte Wirtschaftsordnung beruht auf demselben Prinzip: Gnadenlose Ausbeutung von Mensch und Natur, um immer mehr „Wachstum“ zu produzieren. Dieses Vorgehen macht Kapitaleigner immer reicher.

Vor der Durchsetzung des Kapitalismus gab es diesen Zwang zu stetigem Wachstum nicht. Dessen Ergebnis ist eine andauernde Überproduktion, die immer wieder Wirtschaftskrisen verursacht.

Auch deshalb muss die Macht der Konzerne gebrochen werden. Die Wirtschaft darf nicht weiter auf Gewinnmaximierung beruhen. Sie muss den Bedürfnissen von Mensch und Natur gerecht werden. Das können wir nur durch eine sehr große außerparlamentarische Massenbewegung erreichen – hier bei uns und weltweit.

Die wirtschaftlich und politisch Herrschenden handeln vollkommen unverantwortlich. Sie nehmen die Vernichtung der Erde und unser aller Zukunft in Kauf.

Ihr Motto lautet: „Vor allem darf es keine Verluste für die Aktionäre geben!“ Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Einfluss der Konzerne auf die Kohlekommission, die den Ausstieg aus der Kohleverstromung auf 2038 verschieben will.

Die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führt auch zu immer größerer sozialer Ungleichheit und zu Kriegen. Sie richtet immer größere Verwüstungen und Zerstörungen an.

Eine andere, eine bessere Welt ist nötig und möglich! Das erfordert eine grundlegende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht mehr der Profit, sondern die demokratisch organisierte Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse (Ernährung, Bildung, Wohnen, Kultur, Arbeit, Gesundheit, Pflege, Infrastruktur ...) und der Schutz der Natur werden dann im Zentrum stehen.

Müssen wir dann auf Wohlstand verzichten? Nein! Wir werden ein viel besseres Leben gewinnen. Reichtum wird dann nicht mehr an Geld, sondern an der Qualität des Lebens gemessen. Freie, selbstbestimmte Zeit für alle Menschen wird dann ausreichend vorhanden sein – für ein aktives gesellschaftliches und politisches Engagement, für Kreativität, Genuss und Ruhe, Fürsorge und Liebe.

**Wo Recht zu Unrecht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!**

*[Auszug aus unserem Flugblatt, das wir am 15.03.2019 auf der Fridays for Future-Demo in Mannheim mit sehr guter Resonanz verteilt haben.] ■



FFF-Demo in Mannheim, 15. März 2019.

Foto: Avanti².

„Fridays for Future“ Wann, wenn nicht jetzt gegen den Klimawandel?*

O. T.

Greta Thunberg, die mittlerweile 16-jährige Initiatorin der Bewegung „Fridays for Future“ (FFF – Freitage für die Zukunft) wird von den oberen Kreisen der „Weltelite“ empfangen. Aber sie lässt sich in keiner Weise einbinden. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos etwa hat sie den dort anwesenden Konzernbossen und PolitikerInnen ins Gesicht gesagt, dass sie mit der Art ihres Wirtschaftens die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel sind.

Was an Greta besticht, ist ihre Entschlossenheit und Unbedingtheit. Aus jedem ihrer Worte hört man heraus: Ihre Haltung ist nicht verhandelbar. Naturgesetze kennen keine politischen Kompromisse.

So sagte sie auf der UN-Klimakonferenz in Katowice zu den Anwesenden: „Unsere Zivilisation wird geopfert für die Gelegenheit für eine sehr kleine Zahl von Leuten, weiterhin enorme Summen Geld zu machen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Leute aus Ländern wie dem meinen in Luxus leben können. Es sind die Leiden der Vielen, die für den Luxus der Wenigen bezahlen.“

Und weiter führte sie aus: „Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen und wir müssen uns auf Gerechtigkeit konzentrieren. Und wenn Lösungen innerhalb dieses Systems so unmöglich zu finden sind, dann sollten wir vielleicht das System selbst ändern.“

In einer Welt der *Fake News* und des Wettkampfs darum, wer die Bevölkerung am besten belügen kann, ist ihre Gradlinigkeit eine große Ermutigung.

Unterstützung durch Wissenschaft

Unterstützung bekommt die Bewegung „Fridays for Future“ verstärkt auch von älteren Generationen. Über 23.000 WissenschaftlerInnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz haben als „Scientists for Future“ (WissenschaftlerInnen für Zukunft) eine Stellungnahme unterzeichnet, um dem Anliegen der Klimabewegung Nachdruck zu verleihen.

Darin steht unter anderem: „Nur wenn wir rasch und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das Massensterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen gewinnen.“

Für viele SchülerInnen sind deshalb Zeugnisnoten und Fehlstunden zweitrangig – sie stehen in keinem Verhältnis zu den Fakten. Sie wollen diesen Planeten erhalten und gehen für das auf die Straße, was die Wissenschaft seit Jahren belegt.

Reaktionen der Herrschenden?

Aufgrund des rasanten Aufschwungs der Bewegung „Fridays for Future“ rätselt die prokapitalistische Politik, wie sie darauf reagieren soll: mit Umarmungs- oder mit Blockadeversuchen? Die Alternative, sie zu ignorieren und möglichst totzuschweigen, funktioniert derzeit nicht mehr.

Auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“ hatte Kanzlerin Mer-

kel vor kurzem noch angezweifelt, ob der Protest der SchülerInnen tatsächlich selbst organisiert oder nicht doch etwa vom russischen Geheimdienst initiiert worden sei. Dass „alle deutschen Kinder [...] plötzlich auf die Idee kommen, dass man diesen Protest machen muss, das kann man sich auch nicht vorstellen“, sagte Merkel. Später schwenkte sie um und äußerte verbal ihr Verständnis für die Klimaproteste der SchülerInnen.

Mittlerweile wird über rechtliche Konsequenzen zur Bestrafung der SchülerInnen wegen „Schwänzens“ nicht nur diskutiert, sondern sie werden schon teilweise umgesetzt.

Gegen den angeblichen Rechtsverstoß haben die SchülerInnen die besseren Argumente auf ihrer Seite:

- Die Regierung hält sich selbst nicht an die Klima-Vereinbarungen von Paris, obwohl sie diese nach den Regeln des Völkerrechts ratifiziert hat.
- Der Gesetzgeber verstößt selbst gegen Artikel 2 (2) des Grundgesetzes, der das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit schützen soll.

Was tun?

Bis zum 15. März ist die Bewegung ständig gewachsen. Sie organisiert und vernetzt sich. Wie es weitergeht, das ist aber offen.

Eins jedoch ist sicher: Viele Jugendliche, die jetzt aktiv geworden sind, werden nicht einfach aufhören. Es geht buchstäblich um ihre Zukunft.

Die Feststellung „Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!“ muss in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gestellt werden. Die Welt und damit unsere Zukunft darf nicht länger dem internationalen Kapital und seinen politischen Handlungern überlassen bleiben.

Da sind besonders die Gewerkschaften in der Pflicht. Sie stimmen noch immer in weiten Teilen in das Lied der „Sozialpartnerschaft“ mit der Gegenseite ein. Sie betonieren damit das System der Profitmaximierung.

Viele Massenaktionen im In- und im Ausland in den letzten Monaten zeigen, es ist wieder etwas in Bewegung gekommen. Was meist aber noch fehlt, ist das Vertrauen in die eigene Kraft und das Zusammenwachsen der Proteste. Dazu müssen wir beitragen. In diesem Sinne kämpfen wir gegen den Klimawandel und für einen Systemwechsel!

*[Dieser Text ist die gekürzte und überarbeitete Version des Referats auf unserem ISO-Diskussionsabend zur FFF-Bewegung am 22.03.2019.] ■

„Allein machen sie dich ein, aber gemeinsam sind wir stark“

U. D.

Unter diesem Motto fand Anfang März das Frühjahrsseminar zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der ISO Rhein-Neckar statt. Gekommen waren aktive und ehemalige Betriebsrats-KollegInnen aus verschiedenen Branchen und Betrieben, die den sozialpartnerschaftlichen Kurs der Gewerkschaften für falsch halten.

Impulsreferate und Erfahrungsberichte lieferten Grundlagen und Anregungen für fruchtbare Diskussionen. Nicht zu kurz kam dabei der Austausch über die jeweilige betriebliche Situation und die Möglichkeiten der Gegenwehr.

Aus gemeinsamen Erfahrungen lernen

Zentrale inhaltliche Achse des Seminars war, wie wir uns angesichts anhaltender und sich verschärfender Angriffe in den Betrieben organisieren müssen und können.

Bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen betrieblichen, tariflichen und politischen Situation gab es dabei eine wesentliche Gemeinsamkeit, die den Arbeitsalltag in allen Betrieben prägt. Es ist die Jagd nach immer mehr Profiten. Sie führt zu Personalabbau, Umstrukturierungen, Rationalisierung, Flexibilisierung, Rechtsbrüchen, Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen (Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit, Gering- und Niedriglohn usw.) sowie Unternehmensverkäufen.

Vom „Ich“ zum „Wir“

Die Fragmentierung (Aufspaltung und Zergliederung) der Unternehmen und Belegschaften nimmt die gesamte Arbeitswelt zunehmend in den Würgegriff. Die Folge davon ist, dass Entsolidarisierung und Vereinzelung immer mehr die Lebenserfahrung vieler Menschen bestimmen.

Trotz dieser Realität gibt es immer wieder Möglichkeiten, gemeinschaftliche (kollektive) Gegenwehr zu organisieren und Solidarität erfahrbar zu machen. Denn letztendlich wachsen durch die verschärfte Ausbeutung auch Unzufriedenheit und Wut.

Es gilt, die vorhandenen Widersprüche und die damit verbundenen Chancen zu verstehen. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass wir uns selbst gut organisieren. Ohne einen stabilen Kern von Aktiven, der bereit ist, sich beharrlich, glaubwürdig und konfliktbereit für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen, wird ein dauerhafter Erfolg nicht möglich sein.

Lernen, Organisieren, Widerstehen

Im Rahmen des Seminars haben sich einige Punkte als wesentlich für unsere Arbeit herauskristallisiert:

Erstens sollten wir versuchen, einen aktiven Kern aufzubauen, der die Arbeit dauerhaft trägt und organisiert.

Zweitens sollten wir uns nicht nur kurzfristig auf „Tagesprobleme“ konzentrieren. Notwendig ist es zudem, in mittel- und langfristigen Zeiträumen zu planen und entsprechend zu arbeiten.

Drittens braucht es eine zentrale strategische Achse unserer Arbeit. Hier bietet sich insbesondere der Arbeits- und Gesundheitsschutz in einem umfassenden und „ganzheitlichen“ Verständnis an.

Viertens ist die Bereitschaft zum stetigen Lernen erforderlich. Wissen zu erwerben über das Unternehmen, den Konzern, die Branche, die Gesellschaft ist unverzichtbar.

Fünftens müssen wir immer wieder versuchen, die Belegschaften zu aktivieren und in unsere Arbeit einzubeziehen.

Sechstens müssen wir sowohl glaubhaft als auch konfliktbereit sein, und wir dür-

fen uns nicht von der Unternehmensseite vereinnahmen lassen.

Siebtens dürfen wir nicht vergessen: Die Gegenseite (Unternehmer und Manager, aber auch „Wegducker“ und „Sozialpartner“ in „unseren“ Reihen) hat einen Plan und eine Strategie. Darauf müssen wir uns einstellen.

Sich nicht übernehmen

Zu guter Letzt waren sich alle in einem Punkt einig: Bei aller Bereitschaft, den Widerstand zu organisieren, dürfen wir uns nicht selbst vergessen. Es wird kein dauerhaftes Engagement möglich sein, wenn es nicht gelingt, die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit mit einem zufriedenen und kraftgebenden Leben außerhalb des Unternehmens zu verbinden. Dies ist allerdings manchmal leichter gesagt als getan.

Fazit

Die Anwesenden bewerteten Form und Inhalt des Seminars als sehr gelungen und nahmen für ihre Arbeit wichtige Anregungen mit. Vereinbart wurde, auch in Zukunft die konkrete betriebliche Arbeit systematisch gemeinsam zu diskutieren. ■



Protest bei Alstom Mannheim, 13. Mai 2014.

Foto: helmut-roos@web.de.

„Der marktgerechte Patient“ Ein wichtiger und sehenswerter Film

H. S.

Am 12. März 2019 kam im Mannheimer Cinema Quadrat der Dokumentarfilm „Der marktgerechte Patient“ zur Aufführung. Rund 70 BesucherInnen zeigten Interesse an dem Filmabend, der in Kooperation mit Bündnis Rhein-Neckar für mehr Personal im Gesundheitswesen, DGB Nordbaden, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar und ver.di Rhein-Neckar stattfand.

Die Filmemacher Leslie Franke und Hurdolor Lorenz haben einen beeindruckenden Dokumentarfilm gedreht. Anhand vieler Beispiele untersuchen sie darin die Folgen der Fallpauschalen und der Krankenhausprivatisierungen. Das Ergebnis: Wer an einer langwierigen Krankheit leidet, die aufwendige Pflege erfordert, hat zunehmend schlechtere Karten. Er ist für viele Krankenhäuser finanziell uninteressant und wird oft genug gar nicht erst aufgenommen. Besser sind die PatientInnen, die man sehr schnell „heilen“ kann, notfalls auch mit drastischen Mitteln: mit Operationen bis hin zu Amputationen von Gliedmaßen, die vermieden werden könnten.

Fatale Folgen der Fallpauschalen

Der Profit soll sprudeln. Die kranken Menschen bleiben oft genug auf der Strecke – und das auch im wörtlichen Sinn, wie einer der dokumentierten Fälle besonders krass aufzeigt. Es geht nicht mehr in erster Linie um ethische Werte oder gesundheitliche Aspekte, sondern um Gewinn.

Geschäftsführungen und Unternehmensberater prüfen, ob die Abläufe im Krankenhaus nicht mit noch weniger Personal bewältigt werden können. Die entscheidende Frage lautet nunmehr: Was bringt uns der Patient? Betroffene klagen im Film darüber, wie wenig Beachtung sie in Krankenhäusern mit dünner Personaldecke finden.

Wenig profitable Bereiche werden sogar vielfach ganz aufgegeben. Warum medizinische Angebote vorhalten, die im System der Fallpauschalen mehr kosten als bringen?

Patient als Mittel zum Zweck

Wann immer Krankenhäuser privatisiert werden, erfolgt zwangsweise eine Spezialisierung auf die gewinnbringenden Bereiche in

Verbindung mit Personalkürzungen. Je weniger Beschäftigte im Krankenhaus arbeiten, umso niedriger sind die Kosten. Umso geringer ist aber auch die Betreuungsdichte der PatientInnen.

Durch die innerbetriebliche „Diktatur der Zahlen“ steigt die Belastung für das Personal immer weiter. Viele ÄrztInnen und PflegerInnen können unter diesen Bedingungen nicht mehr arbeiten, ohne selbst krank zu werden.

Krankenhäuser, die sich nicht dem Sparzwang unterwerfen, geraten aufgrund der Gesetzeslage schnell in die Schuldenfalle.

Leben oder Profite

„Der marktgerechte Patient“ zeigt, dass das alles nicht vom Himmel fällt, sondern Ergebnis einer neoliberalen, kapitalistischen Politik ist. Hinter ihr steht das Leitbild, dass Profite wichtiger sind als unser Leben.

In der Diskussion, die im Anschluss an die Filmvorführung stattfand, wurde deutlich, dass wir uns dieser Entwicklung entgegenstellen und diese unhaltbaren Zustände beseitigen können und müssen.

Bundesgesundheitsminister Spahn hat jüngst verkündet, 13.000 neue Pflegestellen schaffen zu wollen. Nicht erklärt hat er aber, weshalb sich diese Fachkräfte den oftmals miserablen Arbeits- und Entgeltbedingungen in den Krankenhäusern unterwerfen sollen. Auch nicht erwähnt hat er, dass mehr als 50.000 Stellen in den letzten 15 Jahren gestrichen worden sind – als Folge der Fallpauschalenregelung und der Profitorientierung im Pflegebereich.

Der Dokumentar-Film „Der marktgerechte Patient“ kommt zur rechten Zeit. Er kann Volksbegehren unterstützen, Bündnisse initiieren. Er liefert Argumente auf Basis einer Ursachenanalyse für alle, die sich für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung für Beschäftigte und PatientInnen einsetzen wollen. ■

5. Juni 2019 – Demo in Leipzig Für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung!

Anlässlich der Konferenz der GesundheitsministerInnen in Leipzig werden die bundesweit vernetzten Pflegebündnisse am 5. Juni 2019 dort demonstrieren. Im Verlauf der Demo soll der „Olympische Brief“ gegen den Pflegenotstand mit den gesammelten Unterschriften an die PolitikerInnen übergeben werden. JedeR von uns kann von der profitorientierten Gesundheitspolitik betroffen werden. Deshalb sollten möglichst viele Menschen an der Demo teilnehmen. Mitfahrgelegenheiten per Bus soll es auch im Rhein-Neckar-Raum geben.

In der Zeit vom 9. – 12. Mai 2019 wird es auch in der Rhein-Neckar-Region (Schwerpunkt Heidelberg/Mannheim) Unterschriftenaktionen für den „Olympischen Brief“ geben. UnterstützerInnen sind willkommen.

Infos:

Bündnis Rhein-Neckar für mehr Personal im
Gesundheitswesen
ver.di Bezirk Rhein-Neckar
Geschäftsstelle Heidelberg
Eppelheimer Str. 13
69115 Heidelberg
Tel: 06221-5360 100

„Seite an Seite die Zeiten durchschwimmen“ Beeindruckende Hommage an Rosa Luxemburg

W. A.

„Aber wir werden jedenfalls Seite an Seite die Zeiten durchschwimmen, und es wird schon gehen.“ Dieser Satz stammt aus einem Brief Rosa Luxemburgs von Mitte November 1917. Sie hatte ihn Sophie (Sonja) Liebknecht aus dem Gefängnis in Breslau geschrieben, um ihrer engen Freundin – trotz der eigenen haftbedingt sehr schwierigen Situation – Mut zuzusprechen.

Vor einhundert Jahren wurde Rosa Luxemburg unter dem Vorwand, „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen, brutal ermordet.

Aus diesem Anlass gab es am Donnerstag, dem 28. Februar 2019, eine beeindruckende Würdigung ihrer bedeutenden Persönlichkeit. Die Schauspielerin Bettina Franke und der Musiker Laurent Leroi berührten mit einem begeisternden Programm das zahlreich erschienene Publikum.

Die Veranstaltung der IG Metall Mannheim fand in Kooperation mit dem Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ und KulturQuer QuerKultur Rhein-Neckar e.V. statt.

Mit einer klug zusammengestellten Collage aus zeitgenössischen Briefen, Reden und

Aufsätzen gelang es Bettina Franke vorzüglich, ein treffendes Bild Rosa Luxemburgs zu entwerfen – als mutiger und herausragender Kämpferin für universelle Menschenrechte und internationale Solidarität, als großartiger Rednerin, als kluger Autorin und als sensibler Person voller Empathie für andere.

Einen besonderen und eigenständigen Platz beanspruchten an diesem Abend die wirklich mitreißenden musikalischen Zwischenspiele Laurent Lerois. Durch seine Meisterschaft am Akkordeon vermochte er, die ZuhörerInnen ganz in den Bann bekannter und weniger bekannter Melodien zu ziehen und sogar zum leisen Mitsingen oder wenigstens Mitsummen zu bewegen.

Die Moderation erinnerte am Ende eines gelungenen Abends an die Mannheimer Initiative zur Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Rosa Luxemburg und rief zu ihrer Unterstützung auf.

Vielleicht könnte dieses Begehren auch helfen, mehr Bewusstsein über die damaligen Ereignisse zu schaffen. Denn die Gewaltverbrechen an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren Teil einer kaltblütigen Mordkampagne, der Tausende von ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen im Frühjahr 1919 zum Opfer gefallen sind. Es gibt zwar mittlerweile eine relativ detaillierte Erforschung der Monate nach der Novemberrevolution, aber bis heute fehlt eine breite gesellschaftliche Aufarbeitung dieser folgen-schweren Periode. ■

Es gibt zwar mittlerweile eine relativ detaillierte Erforschung der Monate nach der Novemberrevolution, aber bis heute fehlt eine breite gesellschaftliche Aufarbeitung dieser folgen-schweren Periode. ■



Bettina Franke und Laurent Leroi, 28. Februar 2019.

Solidarität mit Rojava!

Rund 200 Menschen waren am 30. März 2019 dem Aufruf des Mannheimer Solidaritäts-Bündnisses gefolgt. Sie beteiligten sich an der Demo vom Schloss zum Alten Meßplatz. Sie forderten lautstark: „Schluss mit der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik der Türkei in Syrien! Hände weg von Rojava!“ ■



Auftakt der Demo „Hände weg von Rojava!“ in Mannheim, 30. März 2019.

Foto: Avanti².



**Fluchtursachen beseitigen –
Kriege beenden!**

Ostermarsch Rhein-Neckar 2019

**in Mannheim
Sa. 20. April 2019**

Auftaktkundgebung:
13.00 Uhr, vor dem
Hauptbahnhof
Schlusskundgebung:
ca. 15:00 Uhr,
Paradeplatz



Franz Alt,
deutscher Journalist
und Buchautor



V.i.S.d.P.: Philipp Medert, Hedwig Sauer-Gürth
www.frieden-mannheim.de, mannheim.diac-ck.de,
www.friedensbundesnis-halbesberg.de

Vor einhundert Jahren Die Münchner Räterepublik

E. B.

Am 7. April 1919 riefen der *Zentralrat der bayerischen Republik* und der *Revolutionäre Arbeiterrat* in München die *Räterepublik Baiern* aus. Ministerpräsident Johannes Hoffmann (MSPD) wurde für abgesetzt erklärt und floh mit seiner Regierung nach Bamberg.

Die Münchner Räterepublik musste sich von Anfang an gegen militärische Angriffe der von Bamberg aus mobilisierten konterrevolutionären Freikorpsverbände erwehren. Diese erhielten wenig später Unterstützung von regulären Armeeeinheiten. Sie waren von der MSPD-geführten Reichsregierung unter Philipp Scheidemann und Gustav Noske in Marsch gesetzt worden.

Zunächst war die Führung der Räterepublik durch pazifistische und anarchistische Kräfte um Gustav Landauer, Erich Mühsam und Ernst Toller beeinflusst.

Der von der Bamberger Regierung gebilligte „Palmsonntagsputsch“ gegen die Räterepublik konnte von Rotgardisten unter dem Kommando Rudolf Egelhofers vereitelt werden. Ab diesem Zeitpunkt (13./14. April 1919) waren leitende KPD-Mitglieder um Eugen Leviné und Max Levien Anführer der revolutionären Kräfte.

Am 2. Mai 1919 unterlag die Räterepublik schließlich der militärischen Übermacht der MSPD-geführten Konterrevolution. Diese ließ über 2.200 Menschen als Anhänger der Räterepublik zu Haftstrafen oder von Standgerichten zum Tode verurteilen. Viele wurden ohne Verfahren brutal ermordet.

Danach entwickelte sich Bayern zu dem Hort der politischen Re-

aktion in der Weimarer Republik, in dem sich die faschistische Bewegung entwickeln konnte. ■



Der vom konterrevolutionären „Sicherheits-Bataillon Ulm“ gefangengenommene 18-jährige Eisendreher Johann Lehner kurz vor seiner Ermordung, 3. Mai 1919.

Abbildung: Bundesarchiv, Bild 146-2004-0048, CC BY-SA 3.0 de.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MI, 03.04.2019, 19:30 Uhr, „Freiheit, die wir meinen“, Kulturveranstaltung zur Ausstellung „Vergessene Geschichte“, Abendakademie, U1, 16-19, MA
- DO, 04.04.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- MI, 10.04. 2019, 19:00 Uhr, Solidarität mit den „Gelbwesten“, Friedensbüro, Speyerer Str. 14, MA
- MO, 15.04.2019, 17:00 Uhr, Eröffnung der Fotoausstellung Helmut Roos – „Auf der Seite der Gegenwehr“, Gewerkschaftshaus MA (Konferenzraum IGM)
- DO, 18.04.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA 20.04.2019, 13:00 Uhr, Ostermarsch 2019, Hauptbahnhof MA
- FR, 26.04.2019, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- SO, 28.04.2019, 16:00 Uhr, „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, Filmmittag zu den Kämpfen bei ABB in den 1990er Jahren, Cinema Quadrat MA

Vorschau

- MI, 01.05.2019, 10:00 Uhr, DGB-Demo zum 1. Mai, Gewerkschaftshaus MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

